

Profilierung über die Außenbande

Diplomatie in Zeiten des Vorwahlkampfes

Medard Ritzenhofen*

» In der öffentlichen Wahrnehmung spitzt sich der Kampf um die Präsidentschaftskandidaturen auf ein Duell „Ségo contre Sarko“ zu. Gleichwohl gewinnt die Hypothese einer dritten Kandidatur Jacques Chiracs angesichts seiner wachsenden außenpolitischen Statur in den Konfliktherden des Orients zunehmend an Plausibilität.

„Was ihn antreibt, ist der fanatische Wunsch, Präsident der Republik zu werden. Diese Obsession verdrängt bei ihm alles andere, die persönlichen Überzeugungen ebenso wie den Respekt für die Spielregeln. Woher stammt diese Leidenschaft? Man tut sich schwer mit seinem Programm, denn seine Ankündigungen widersprechen sich ... Sein Ehrgeiz scheint mir der eines Hungerleidens zu sein. Nicht im erbärmlichen Sinne des Wortes, sondern in der Bedeutung eines ständig Ausgehungerten. Er hat mir anvertraut, dass er stets ein Sandwich, versteckt in einer Serviette, bei sich trage, wenn er in die Kabinettsitzung gehe.“

Dieses Porträt zielt nicht, wie man zum aktuellen Zeitpunkt annehmen könnte, auf den hyperaktiven Präsidentschaftsanwärter Nicolas Sarkozy. Es gilt vielmehr dem hungrigsten aller jungen Wölfe Ende der 1970er Jahre mit Namen Jacques Chirac und stammt aus dem im September erschienenen dritten Band der Memoiren von Valéry Giscard d'Estaing. Der von 1974 bis 1981 amtierende Präsident hegt noch immer einen tiefen Groll gegen seinen Nach-Nachfolger. Denn dieser hatte sich 1981 nicht zu einer Empfehlung für die Wiederwahl des bürgerlich-liberalen Staatsherrn durchringen können. Die Folgen sind bekannt. Die Linke schaffte den ersten großen Machtwechsel in der V. Republik. François Mitterrand zog für 14 Jahre in den Elysée-Palast. Aus der historischen

Not dieses schweren Verrats des Neogaullisten an seiner Person macht Giscard heute eine literarische Kunst süffisanter Abrechnung.

So elegant der Elder Statesman zu schreiben weiß, so gut hat der amtierende Präsident reden. Regiert er doch seit fast zwölf Jahren in jenem Palast, der das Ziel aller politischen Begierde in Frankreich ist. Kein Wunder also, dass es der Hausherr des Elysée alles andere als eilig hat. Zwei oder drei Monate, „von März bis Mai“, so bemerkte Jacques Chirac in einem Radiointerview am 18. September, würden für den Wahlkampf im kommenden Jahr völlig ausreichen. Bis dahin sollten die politischen Hausaufgaben im Vordergrund stehen.

Dieser Ratschlag erscheint so richtig wie realitätsfern. Denn obwohl die Schlacht um die Stimmen der Bürger noch lange nicht offiziell eröffnet ist, die politischen Lager nicht einmal ihre Kandidaten nominiert haben, treibt Frankreich seit geraumer Zeit nichts so sehr um wie die Frage nach seinem zukünftigen Staatsoberhaupt. Der exzessive „débat électoral“ verweist sowohl auf das außerordentliche Prestige des Präsidenten im institutionellen System der V. Republik als auch auf die rasant fortschreitende Personalisierung der französischen Politik. Beides kommt nicht von ungefähr. Wer in Frankreich vom Volk mit der Lenkung der Staatsgeschäfte betraut wird, verfügt in dieser republikanischen Wahlmonarchie über

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Straßburg.

mehr Vollmachten und Freiheiten als jeder andere westliche Staats- und Regierungschef in seinem Land.

Hinzu kommt, dass sich im nächsten Jahr voraussichtlich mit Nicolas Sarkozy und Ségolène Royal zwei Traumpartner der Medien an vorderster Stelle um das höchste Staatsamt bewerben werden. Ersterer ragt als unberechenbarer Libero aus der rechts-bürgerlichen Equipe hervor und liefert druckreife Schlagworte am laufenden Band. Zweite sorgt als relativ unbeschriebenes Blatt mit ihrem eleganten Ausspielen der eigenen Mannschaftskameraden für Jubel beim Publikum. Ein Duell „Ségo contre Sarko“, wie es salopp allerorten heißt, wird immer wahrscheinlicher. Nachdem sich Premierminister Dominique de Villepin selbst an den unteren Rand der Popularitätswerte manövriert hat, dürfte im bürgerlich-konservativen Lager niemand dem Chef der mächtigen Präsidentenpartei UMP die Kandidatur streitig machen.

Auch in den Reihen der Sozialisten lichten sich die Reihen der Bewerber. Als erster begrub Lionel Jospin seine ohnehin seltsame Hoffnung auf eine zweite Chance. Der frühere Premierminister hatte vor fünf Jahren seinen „endgültigen Abschied aus der Politik“ erklärt, als er im ersten Wahlgang der letzten Präsidentenwahl nicht nur gegen Amtsinhaber Chirac, sondern auch gegen Jean-Marie Le Pen den Kürzeren zog. Damit hatte das Wahlvolk dem hölzernen, aber aufrechten Republikaner den denkbar schwersten Tott getan. Auf das Risiko einer neuerlichen Blamage ließ sich der bereits von vorgestern erscheinende Jospin wohlweislich nicht ein. Nachdem auch Mitterrands einst schillernder Kulturminister Jack Lang sowie der Parteichef der Sozialisten François Hollande auf eine Kandidatur verzichtet haben, muss sich Ségolène Royal bei der parteiinternen Urabstimmung im November noch gegen Dominique Strauss-Kahn und Laurent Fabius durchsetzen. Das dürfte der Überraschungsaufsteigerin nicht allzu schwer fallen. Denn obwohl die beiden sozialistischen Barone über sehr viel größere ministerielle Erfahrung verfügen, können sie ihrer Kollegen in Sachen Beliebtheit nicht das Wasser

reichen. Noch aber haben – darauf muss zum jetzigen Zeitpunkt hingewiesen werden – weder der undogmatische Sarkozy noch die aus der programmatischen Leere der Linken aufgetauchte Königin der Umfragen ihr Ticket für den Elysée in der Tasche.

Jacques Chirac nutzt derweil die Zeit, um sich als Kapitän der Nation in Szene zu setzen. Die herbe Schlappe, die er Ende Mai vergangenen Jahres mit dem Nein seiner Landsleute zum EU-Verfassungsvertrag einstecken musste, rückt zunehmend in den Hintergrund. Stattdessen kann der Präsident auf die statistischen Erfolge der Wirtschaftspolitik verweisen. Eine Arbeitslosigkeit von 9 Prozent ist zwar kein Ruhmesblatt, doch scheint sich die leichte Trendwende zu mehr Beschäftigung zu konsolidieren. Ein Wachstum von 2 Pro-

zent ist ebenfalls nicht dazu angetan, in Euphorie zu verfallen, doch krebste die französische Wirtschaft 2002 bei lediglich 1,3 Prozent herum. Im letzten Jahr konnte Frankreich wieder das Drei-Prozent-Limit der öffentlichen

„Ségo contre Sarko“ – die fortschreitende Personalisierung der französischen Politik.“

Verschuldung gemäß dem Maastricht-Vertrag einhalten. Zudem ist es der Regierung hoch anzurechnen, dass sie bei ihrem Haushaltsplan für das Wahljahr 2007 die Bürger nicht mit illusionären Versprechen für sich einzunehmen versucht, sondern das Budget auf eine maßvolle Reduzierung der öffentlichen Ausgaben hin ausgerichtet hat. Sparsamkeit war in Frankreich bislang nicht die Tugend von Finanzministern, insbesondere dann nicht, wenn es um die Gunst der Wähler ging.

Hilfe für den Libanon

Mehr noch als die Innenpolitik fällt bei dem Comeback des Staatschefs in den Popularitätsumfragen seine Aktivität auf internationalem Parkett ins Gewicht. Paradoxerweise ist es die Außen- und Verteidigungspolitik, die der französische Präsident zu einem Heimspiel nutzen kann. Denn in seiner traditionellen ‘domaine réservé’ hat er freiere Hand als jeder andere westliche Staats- und

Regierungschef. So erklimm Jacques Chirac den Gipfel seines Ruhms, als er 2003 in der Irak-Krise demonstrativ auf Distanz zu dem Bellizismus der USA ging. Auch seine Interventionen während des jüngsten Krieges im Libanon trugen wesentlich dazu bei, dass Chiracs Ansehen in der eigenen Bevölkerung wieder gestiegen ist. Einmal mehr bestätigt sich die alte Regel, dass die Nation hinter ihrem Präsidenten zusammenrückt, sobald in der Welt die Kanonen donnern. Das gilt in besonderer Weise für den arabischen Raum, zu dem sich Frankreich seit jeher eine sorgsame Pflege diplomatischer Kontakte angelegen sein lässt.

Wenn Paris zu fast allen Ländern auf der anderen Seite des Mittelmeeres historische Beziehungen geltend machen kann, so zeichnet sich das Verhältnis zum Libanon durch eine ausgeprägte Verbundenheit aus, die namentlich in der einstigen Bezeichnung der mondänen Hauptstadt Beirut als „Paris des Orients“ anklingt. Die Visitenkarte von Frankreichs „politique arabe“, die freilich seit langem eher atmosphärisch gestimmt als klar konturiert ist, stammt aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Als Großbritannien und Frankreich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in das Machtvakuum des auseinander fallenden Osmanischen Reiches stießen, erhielt Paris vom damaligen Völkerbund das Mandat über den Libanon, den es bis zu dessen Unabhängigkeit im Jahr 1943 als Protektorat verwaltete. Dass sich der Libanon einerseits zum freiesten, modernsten und liberalsten Staat der arabischen Welt entwickeln konnte, liegt nicht zuletzt an den christlichen Maroniten im Zedernland, die ihre Nähe zur französischen Kultur und Sprache stets kultiviert haben. Dass der Libanon andererseits zwischen 1975 und 1990 zum Schlachtfeld der explosivsten Weltregion werden konnte, wirft auch ein Licht auf die politische Ohnmacht Frankreichs in seinem einstigen Schutzgebiet, in dem es 1943 noch jenen „historischen Kompromiss“ zwischen den religiösen Volksgruppen vermittelte, der bis 1975 hielt. Der tragische Widerspruch zwischen nostalgischer Patenschaft und aktueller Hilflosigkeit offenbarte sich schlagartig mit der Ermordung des früheren langjährigen libanesischen Ministerpräsidenten Rafic Hariri am 14. Februar 2005, der ein persönlicher Freund von Jacques Chirac war.

Chirac war der einzige Staatsmann, der an der Beerdigung Hariris teilnahm.

Der allem Anschein nach von dem seit 1976 als Besatzungsmacht im Libanon waltenden Syrien in Auftrag gegebene Mord führte zu einer Wende in der französischen Nahostpolitik. Paris gab seine wohlwollende Haltung gegenüber Damaskus auf. Schon vorher hatte es sich mit Washington, trotz der Differenzen bezüglich des Iraks, auf die UN-Resolution 1559 geeinigt, die das Ende der syrischen Besatzung des Libanons sowie die Entwaffnung der schiitischen Hisbollah-Milizen vorsah. Das erste Ziel wurde mit dem syrischen Truppenabzug im letzten Jahr erreicht. Das zweite Ziel ist nach dem jüngsten Libanon-Krieg in weite Ferne gerückt. Am 22. September erklärte Hisbollah-Chef Nassan Nasrallah triumphierend: „Keine Armee der Welt ist stark genug, um uns zu entwaffnen.“

Obwohl Jacques Chirac das komplexe Libanon-Dossier besser kennt als jeder andere westliche Staatschef, verliefen seine Reaktionen auf die jüngste Eskalation nicht eben gradlinig. Als Israel nach der Verschleppung von zwei seiner Soldaten am 12. Juli den Angriff auf den Libanon eröffnete, war der Präsident der erste, der zwei Tage später am französischen Nationalfeiertag seine Stimme erhob, um „die Zerstörung des Libanons“ öffentlich zu brandmarken. Nachdem er zunächst 3 000 französische Blauhelm-Soldaten zur Verstärkung der internationalen Schutztruppe Unifil versprochen hatte, wollte es Chirac kurze Zeit später dann doch nur bei 200 Mann belassen. Dieser Rückzieher dürfte nicht zuletzt von der Erinnerung an den 23. Oktober 1983 motiviert gewesen sein. Damals fielen 58 französische Fallschirmjäger einem Bombenanschlag „islamistischer Revolutionäre“ zum Opfer. Auch 23 Jahre nach diesem traumatischen Attentat stehen die UN-Soldaten auf verlorenem Posten. In den Augen der Hisbollah bilden sie eine proisraelische Besatzungstruppe, die in Wirklichkeit aber nur eine symbolische Rolle spielt. Sollte die Unifil in wieder aufflammende Kämpfe zwischen Israel und der Hisbollah verwickelt werden, wären die internationalen Folgen unabsehbar.

Die Überzeugung, in dem ehemaligen Schutzgebiet auch weiterhin ein gewichtiges Wort mitre-

den zu müssen, führte letzten Endes dazu, dass sich Frankreich doch mit 2 000 Soldaten an der gefährlichen Mission im Libanon beteiligt. Dabei dürften auch wirtschaftliche Interessen ausschlaggebend gewesen sein. Sieht Paris doch im Libanon den Brückenkopf für weit reichende Investitionen im Nahen und Mittleren Osten. Dass Jacques Chirac seine definitive Entscheidung bezüglich des französischen Engagements im Libanon am 25. August gemeinsam mit Kanzlerin Angela Merkel in Paris im Rahmen der regelmäßigen deutsch-französischen Beratungen kundtat, wirft nicht zuletzt ein Licht auf die enge Kooperation beider Länder hinsichtlich internationaler Fragen. Übereinstimmend kritisierten Merkel und Chirac die „unkonstruktive“ Haltung Syriens im Libanon. Die Levante ist der jüngste Krisenherd, in dem französische und deutsche Soldaten im Rahmen einer UN-Blauhelmtuppe den Frieden sichern sollen.

Zweifelhafte Orientpolitik

Dass Frankreich bei der Lösung des Libanon-Konflikts wieder an die Seite der USA gerückt ist, bedeutet nicht, dass es seine ausgeprägte Neigung, eigene Akzente in der internationalen Politik zu setzen, aufgegeben hätte. So überraschte Jacques Chirac in dem bereits erwähnten Gespräch mit dem Radiosender Europe 1 am 18. September seine Partner mit dem Vorschlag, die Verhandlungen mit Teheran über dessen Atomprogramm ohne Vorbedingungen und ohne Einschaltung des UN-Sicherheitsrates zu führen. Möglichen Sanktionen gegen den Iran, sollte dieser an seiner Uran-Anreicherung festhalten, erteilte Chirac eine Absage. „Der Dialog kann durch nichts ersetzt werden“, befand der Präsident. Mit seinem konzilianten Ton scherte Chirac aus der mühsam geschmiedeten Allianz der fünf UN-Vetomächte plus Deutschland aus, die sich nach zähen Diskussionen auf eine konsequente Haltung gegenüber Teherans nuklearen Machtambitionen geeinigt hatte.

Chiracs Kurswechsel verwundert umso mehr, als er noch zu Beginn des Jahres in einer Grundsatzzrede die atomare Abschreckung Frankreichs ausdrücklich gegen terroristische Staaten mit

Massenvernichtungswaffen positioniert hatte (siehe *Dokumente*, 1/2006). Obwohl der Präsident dabei den Iran nicht namentlich genannt hatte, durfte sich das Mullah-Regime von dessen unmissverständlicher Warnung direkt angesprochen fühlen. Die jüngste moderate Sprachregelung des Elysée gegenüber Teheran lässt sich als vorbeugende Schutzmaßnahme für die in den von der Hisbollah kontrollierten Gebieten des Libanon stationierten französischen Blauhelme interpretieren. Kann man doch davon ausgehen, dass die schiitischen Milizen vom Iran gelenkt werden. Der Glaubwürdigkeit der französischen Diplomatie ist damit freilich nicht gedient.

Überhaupt muss sich Paris grundsätzlich die Frage stellen, inwieweit sich seine nostalgisch angehauchte aber ungebrochen ehrgeizige Orientpolitik heute noch auszahlt. Beispiel Algerien, ebenfalls ein Land, zu dem Frankreich aufgrund seiner gemeinsamen Geschichte spezielle Beziehungen pflegt. So glaubte man 2003 mit dem ganzjährigen Kultur- und Solidaritätsprogramm „L'Année de l'Algérie en France“ an eine definitive Versöhnung mit dem Staat, der 130 Jahre unter französischer Kolonialherrschaft gestanden hatte. Diplomaten beider Länder machten sich daran, einen „traité d'amitié“ nach dem Muster des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages auszuarbeiten. Doch nach der unglücklichen Debatte in Frankreich um die „positive Rolle“ des Kolonialismus (siehe *Dokumente*, 2/2006) ist dieser Vertrag, mit dem Chirac seine Außenpolitik zu krönen hoffte, in weite Ferne gerückt. Der algerische Präsident Bouteflika begibt sich zwar zur medizinischen Versorgung in Pariser Krankenhäuser, doch in letzter Zeit betont er eher die arabisch-muslimische Identität seines Landes als dessen Anbindung an den Westen. Nicht einmal von einer Mitgliedschaft in der Frankreich so wichtigen „Organisation internationale de la Francophonie“ will Algerien etwas wissen, obwohl es nach Frankreich das Land mit der größten französisch sprechenden Bevölkerung ist. Dass das 11. Gipfeltreffen von 63 frankophonen Staaten, das im September mit Bukarest zum ersten Mal einen osteuropäischen Gastgeber hatte, ohne Algerien stattfand, konnte nicht überraschen. Bemerkenswert war dagegen der Boykott des libanesischen Präsidenten

ten Emile Lahoud, der als prosyrischer Parteigänger auf diese Weise seine Distanz zur französischen Libanon-Politik demonstrierte.

Dialog der Kulturen

Wenn Chiracs Außenpolitik nie frei war von einer gewissen Sprunghaftigkeit, so durchzieht die konsequente Absage an einen Kampf der Zivilisationen wie ein roter Faden seine diplomatische Rhetorik. Militärische Konflikte aufgrund religiöser oder ethnischer Verschiedenheiten hat Chirac stets abgelehnt und sich in gezielter Abgrenzung von dem durch Samuel P. Huntington populär gewordenen Paradigma der Weltpolitik für einen „Dialog der Kulturen“ eingesetzt. Im Bezug auf den Krieg im Libanon warnte Chirac am 28. August anlässlich der 16. Konferenz der französischen Botschafter nachdrücklich vor der „großen Gefahr einer Trennung der Welten zwischen Orient und Okzident, Islam und Christenheit, Reichen und Armen. Im Interview vom 18. September ließ Chirac sogar eine unterschwellige Kritik an den missverständlichen Worten von Papst Benedikt XVI. bezüglich der Militanz des Propheten Mohammed anklängen. Im Dialog der Kulturen und Zivilisationen, so Chirac, sollte man tunlichst jede Verbindung zwischen dem Islam und dem radikalen Islamismus vermeiden.

Es ist der aufrichtige Respekt vor anderen Kulturen, mit dem sich Jacques Chirac hohes Ansehen in der ganzen Welt erworben hat. Nicht zu Unrecht bemerkte kürzlich der Kolumnist Alain Duhamel, dass Chirac im nächsten Jahr ein drittes Mal zum Präsidenten gewählt werden würde, wenn eine globale Wählerschaft darüber zu entscheiden hätte. Chirac selbst wahrte über seine politische Zukunft eisernes Schweigen und will erst im ersten Drittel des nächsten Jahres Auskunft über seine Pläne erteilen. Wenn eine erneute Kandidatur des 73-jährigen Amtsinhabers auch als

sehr unwahrscheinlich gilt, könnte sich eine solche im Falle einer dramatischen Verschärfung internationaler Krisen durchaus anbieten. Denn an außenpolitischer Erfahrung kann es niemand seiner möglichen Nachfolger mit Chirac aufnehmen.

So wundert es nicht, dass die Präsidentschaftsanwärter emsig um diplomatische Profilierung bemüht sind. Ségolène Royal reiste in die senegalesische Hauptstadt Dakar, wo sie vor 53 Jahren geboren wurde, um dort Sarkozys rigides Einwanderungskonzept einer „immigration choisie“ zu kritisieren. Der Innenminister seinerseits wurde bei George W. Bush im Weißen Haus vorstellig, um dort Chiracs anti-amerikanischer Irak-Politik schlechte Noten zu erteilen. Selbst die allseits bewunderte souveräne Rede des damaligen französischen Außenministers Dominique de Villepin im Februar 2003 vor der UNO bezeichnete Sarkozy abfällig als „grandiloquence stérile“.

„Chiracs diplomatische Rhetorik durchzieht die konsequente Absage an einen Kampf der Zivilisationen.“

Im Gezug versprach der Innenminister, „die transatlantische Partnerschaft neu aufzubauen“.

Nicolas Sarkozys immer wieder erklärtes Ziel einer prinzipiellen „rupture“ in der Politik macht

vor der ‘domaine réservé’ des Präsidenten nicht halt. Ein gereizter Chirac, der die Einmischung Sarkozys in seinen exklusiven Kompetenzbereich wenig goutierte, bezeichnete dessen „klägliche Vorstöße“ als „unverantwortlich“. Dass der Ton rauher wird, ist unüberhörbar.

Als junger Patron der Neogaullisten vermochte sich Chirac vor genau einem Vierteljahrhundert nicht zu einer Empfehlung für die Wiederwahl Giscard d’Estaings ins höchste Staatsamt durchzurufen. Der alte Staatspräsident wird um Finten und Ränke nicht verlegen sein, um seinem Nachfolger an der Parteispitze den Aufstieg zum Elysée so mühsam wie möglich zu machen. Wie orakelte Jacques Chirac nicht in seinem letzten Interview: „En démocratie, je souhaite que tout reste possible.“ Ganz ohne Galanterie: Honi soit qui mal y pense.